Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannisgasse 33.

Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 4—6 Uhr.

Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme: Otto Klemm, Universitätsstr. 22, Louis Lösche, Katharinenstr. 18, p. nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 16,150.

Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk., incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 25 Pf. Belegexemplar 10 Pf. Gebühren für Extrabeilagen ohne Postbeförderung 39 Mk. mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 5gesp. Petitzeile 20 Pf. Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. — Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich die Spaltzeile 40 Pf. Inserate sind stets an d. Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung praenumerando oder durch Postvorschuß.

№ 232. Sonntag den 25. Juli 1880. 74. Jahrgang.

Bekanntmachung.

Beim hiesigen Stadtkrankenhause soll ein zweiter Apotheker mit einem Gehalte von jährlich 750 ℳ und freier Station vom 1. October d. J. an angestellt werden.

Bewerber um diese Stelle wollen ihre Gesuche unter Beifügung der erforderlichen Zeugnisse bis zum 15. August d. J. schriftlich bei uns einreichen.

Leipzig, den 5. Juli 1880.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Messerschmidt.

Bekanntmachung.

Wir beabsichtigen, in nächster Zeit die Nürnberger Straße auf dem Tracte von der Sternwartenstraße bis zur Hospitalstraße neu pflastern zu lassen, und ergeht deshalb an die Besitzer der angrenzenden Grundstücke und bez. an die Anwohner hierdurch die Aufforderung, etwa beabsichtigte, den bezeichneten Straßentract berührende Arbeiten an den Privat-Gas- und Wasserleitungen und Beischleußen ungesäumt und jedenfalls vor der Neupflasterung auszuführen, da mit Rücksicht auf die Erhaltung eines guten Straßenpflasters dergleichen Arbeiten während eines Zeitraumes von fünf Jahren nach beendeter Neupflasterung in der Regel nicht mehr zugelassen werden.

Nicht minder werden die Erstgenannten unter Verweisung auf unsere Bekanntmachungen vom 2. Januar 1877, vom 29. März 1879 und 3. Mai 1880 aufgefordert, bei Vermeidung einer Geldstrafe bis zu 60 ℳ oder der sonst in den gedachten Bekanntmachungen angedrohten Nachtheile die Unterführung der Dachtraufen mittelst besonderer Fallrohrschleußen unter den Fußwegen hindurch in die Hauptschleuße der Straße rechtzeitig bewirken zu lassen, und spätestens bis zum 2. August d. J. dies bei uns zu beantragen.

Leipzig, am 16. Juli 1880.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Dr. Wangemann.

Bekanntmachung.

Die Jahreszinsen der Stöckner'schen Stiftung im Betrage von ca. 320 ℳ sind am 3. September dieses Jahres an

„in Leipzig befindliche arme, verschämte Bürgerswittwen"

zu vertheilen.

Ausgeschlossen sind Almosen- oder Armenunterstützungs-Empfängerinnen.

Bewerberinnen haben sich bis zum 4. August dss. Js. in der Rathswache (Rathhausdurchgang) anzumelden.

Leipzig, den 16. Juli 1880.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Messerschmidt.

Bekanntmachung.

Die Herstellung einer Schleuße III. Classe in der Pleißengasse soll an einen Unternehmer in Accord verdungen werden.

Die Bedingungen für diese Arbeiten liegen im Rathhaus, Zimmer Nr. 18, aus und können daselbst eingesehen resp. entnommen werden.

Bezügliche Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift:

„Schleußenbau in der Pleißengasse"

versehen, ebendahin und zwar

bis zum 7. August cr. Nachmittags 5 Uhr

einzureichen.

Leipzig, am 23. Juli 1880.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Harrwitz.

Die Steuerprojecte des Reichskanzlers.

Verschiedene Anzeichen deuten darauf hin, daß Fürst Bismarck die sommerliche Muße benutzt, um seine Steuerreformpläne zu zeitigen und dabei den preußischen Staat zu einer finanziellen Versuchsstation für das Deutsche Reich zu machen. Indessen, während die Annahme einer möglichst frühzeitigen Einberufung des preußischen Landtages sich erhält, wird es dennoch unwahrscheinlicher, daß bis dahin im Finanzministerium die Projecte für die Reform der directen Steuern zur Reife gelangt sein sollten, vielleicht auch um so mehr, als durch die nicht bezweifelte Zusammenkunft der deutschen Finanzminister in Coburg die Aufmerksamkeit wesentlich auf das Reichsfinanzprogramm gelenkt ist.

So viel dürfte aber richtig sein, daß Herr Bitter sich bemüht, dem preußischen Landtage einen etwas ins Einzelne gehenden Plan für die Reform der Classen- und Einkommensteuer, vielleicht auch der Gewerbesteuer, und der namentlich von den Conservativen betriebenen Ueberweisung eines Theiles der Grund- und Gebäudesteuer an Communen und Communalverbände zu entwickeln, um sich darüber zu verantworten, in welcher Weise die für das Reich noch weiter in Aussicht genommenen Steuererhöhungen den preußischen Finanzen zu Gute kommen sollen. So viel muß man auch in Regierungskreisen eingesehen haben, daß es völlig aussichtslos ist, vor den Reichstag noch einmal, wie in der vorigen Session, mit vereinzelten Steuerprojecten zu treten, während die Verwendung des Ertrags derselben in der Luft schwebt, und daß sich auch auf dieses „Feldgeschrei" hin keine Neuwahl unternehmen läßt. Es ist auf der einen Seite nöthig, der öffentlichen Meinung greifbarere Vortheile des Steuerreformprogramms des Fürsten Bismarck hinzuhalten, als bisher geschehen ist, und dies ist die Aufgabe, welche zu seinem Theile Herr Bitter vor dem preußischen Landtage zu übernehmen haben wird — mit welchem Erfolge, muß abgewartet werden.

Auf der anderen Seite ist unverkennbar, daß mit der Coburger Conferenz ein entscheidender Zug vorbereitet wird, um bei dem Reichstage die Frage der Einnahmeseite des Reformprogramms zum Austrag zu bringen. Wenn jetzt aber die „Post" die Forderung eines „festen, Ziele und Mittel klar ersichtlich machenden Plans" der Reform aufstellt, so glaubt man doch nicht, daß dieser Wink an den Reichskanzler gerichtet sei. Er gelte vielmehr, so heißt es, den Herren Bitter und Scholz, daß sie endlich leisten sollen, wozu sie ja in ihre Stellen berufen seien, nämlich die Gedanken des Reichskanzlers, welche Herr Hobrecht Zukunftsmusik genannt hatte, in die Gestalt ausführbarer Entwürfe zu kleiden.

Wir haben keinen Anlaß, an dieser Version zu zweifeln. Aber sie zeigt, daß Fürst Bismarck selber auf dem Wege ist, das Uebertriebene und Unmögliche seiner Steuerreformpläne einzusehen. Anderenfalls würde er nicht so elegisch an „Frictionen" erinnern lassen, die aus der Welt zu schaffen ihm wahrlich nicht die geringste Mühe machen würde. An der Schwelle des preußischen Finanzministeriums pflegt der Wille des leitenden Staatsmannes nicht eben Halt zu machen. Auch hat Fürst Bismarck bei dem Reichseisenbahnproject und jetzt wieder in der kirchenpolitischen Frage gezeigt, daß es nicht in seiner Natur liegt, auf einer Linie der Politik ohne sichtlichen Erfolg lange Jahre zu verharren.

So scheint es, daß der Kanzler denn auch jetzt mit der Steuerreform ein Ende gemacht wissen will. Bleibt der zeitige Reichstag unzugänglich, wie zu hoffen ist, und helfen auch die Neuwahlen nicht, so wird die mangelhafte Unterstützung, welche der leitende Staatsmann bei seinen Mitarbeitern gefunden hat, die Rückendeckung abgeben müssen, um die Steuerprojecte wenigstens in der bisherigen Richtung fallen zu lassen.

Politische Uebersicht.

Leipzig, 24. Juli.

Die Erklärungen, welche der Finanzminister Bitter einer Deputation der Hamburger Zollanschlußpartei gegeben, werden nicht verfehlen, berechtigtes Aufsehen zu machen. Es konnte der Gegenstand einer staatsrechtlichen Frage sein, ob Hamburg einen Anspruch auf die Freiheit der Unterelbe habe; hier stehen sich ein durch Herkommen und unvordenkliche Verjährung erworbener Besitztitel auf der einen Seite und auf der anderen das Territorialrecht Preußens gegenüber. Es möchte nicht leicht sein, klare und bündige Verträge und Artikel herbeizuschaffen, die den Streitfall glatt und definitiv entscheiden. Aber in Betreff des Rechts von Hamburg, außerhalb der deutschen Zolllinie bleiben zu dürfen und niemals zu einem Eintritt in dieselbe gezwungen werden zu können, spricht ein Vertragsinstrument aus allerjüngster Zeit, die Reichsverfassung, so deutlich, daß es das höchste Befremden erregen muß, wenn der preußische Finanzminister dem Hamburger Comité gegenüber erklärt, es beruhe auf grober Verkennung der thatsächlichen Verhältnisse, wenn man dort auf sein Recht poche; ihrerseits seien das Reich und Preußen fest entschlossen, die reichsverfassungsmäßig erwachsenden Rechte geltend zu machen. Man wird sich vergeblich fragen, welches diese Rechte seien. Will man einmal die ganze Frage nüchtern vom juristischen Standpunct aus betrachten, so wird man zugestehen müssen, daß der klare Wortlaut der Verfassung: „Die Hansestädte bleiben ꝛc. so lange außerhalb der Zolllinie, bis sie selber ihren Eintritt beantragen," durch keine Spitzfindigkeiten aus der Welt zu schaffen ist. Man mußte es beklagen, daß Hamburg durch den Schnitt mitten durch das Freihafengebiet zum Aufgeben seines Rechts gezwungen werden sollte. Das war eine Politik der Uebermacht, aber sie verstieß nicht gegen das formale Recht. Hamburg konnte auf diese Weise ruinirt werden, aber es brauchte sich nicht zu beugen. Wenn jetzt von einem preußischen Minister die Theorie aufgestellt wird, die Brouillons zur Reichsverfassung, die er beim Fürsten Bismarck eingesehen und nach denen das Zugeständniß der Freihafenstellung nur als vorübergehendes sich heraus stelle, müßten als Commentare zu eben dieser Verfassung angesehen werden, so ist das doch zum Mindesten ungewöhnlich. Mag sein, daß der Reichskanzler die Freihafenstellung Hamburgs immer nur als Provisorium verstanden wissen wollte, so hat er doch jedenfalls dieser Meinung einen Ausdruck gegeben, der geradezu das Gegentheil von dem besagt, was gesagt werden sollte. Wie die Dinge liegen, ist das formelle Recht Hamburgs ein ganz unanfechtbares. Wir glauben dennoch, daß es über kurz oder lang dieses Recht aufgeben wird; aber es würde die Ueberleitung in den neuen Zustand unnöthig verbittern, wenn dies in einer unfreundlichen, Recht gegen Recht ausspielenden, also mit einem Wort rechthaberischer Weise geschehe. Nur durch Güte, Entgegenkommen und bundesfreundliche Beihülfe kann der „Zollkrieg" mit der ersten Handelsstadt Deutschlands beigelegt werden. In dem einen Punct übrigens, daß er sich gegen alle Enqueten erklärt, muß man Herrn Bitter beistimmen: Enqueten mit ihrem „kautschukartigen Charakter" beweisen aber Alles, was sie beweisen sollen. Die Vorbereitungen zur Zollreform des vergangenen Sommers haben zur Genüge Beispiele hierfür geliefert, und es ist ein dankenswerthes Zugeständniß seitens des Ministers, daß er den Werth solcher officiellen Untersuchungen in ihrer Elasticität findet. — Bei der Wichtigkeit der betreffenden Unterredung geben wir den folgenden Specialbericht der Hamburger Deputation:

„Zunächst wird Preußen die im Princip schon beschlossene Einverleibung sämmtlicher preußischer Zollausschlüsse bis an seine Landesgrenzen ungesäumt durchführen. Wie Hamburg sich auf seinem Gebiete einrichtet, wird unserm Staat zwar in erster Linie überlassen sein. Jedoch ist allerdings die Meinung der preußischen und der Reichsregierung, daß Hamburg sich weniger gut in der Absonderung von, als in der Verbindung mit dem gesammten Deutschland stehen würde. Daß im Falle des Anschlusses ein gewisser Theil des Gebiets unter allen Umständen Freihafen bleiben soll, darüber existirt eigentlich gar keine Differenz. Nach Ansicht der preußischen, wie der Reichsregierung aber ist dieses Gebiet eng auf die am Wasser belegenen Theile zu beschränken, während die eigentliche Stadt in den freien Verkehr mit dem Hinterlande und seinen 42 Millionen Bewohnern zu treten habe. Ueber die jetzt schon große Bedeutung dieses Verkehrs ist speciell der Herr Finanzminister sehr genau unterrichtet. Dieser Verkehr ist sehr entwickelungsfähig und wird voraussichtlich nach erfolgtem Anschluß rasch anwachsen. Von Seiten des Reichs ist man bereit, Hamburg zur Erreichung dieses Zieles in jeder Weise entgegenzukommen. Nur dürfe Hamburg sich nicht einbilden, daß man geneigt sei, beständig zu warten, bis es den Behörden unseres Freistaates vielleicht einmal zweckmäßig erschiene, etwa einen Theil des Gebiets anschließen zu wollen. Aus gleichen Gründen werde Hamburg jetzt nicht mehr mit Vorschlägen zu Enqueten kommen dürfen. Die Reichsregierung wird in dem Stadium, in welchem sich die Freihafenfrage befindet, sich nicht darauf einlassen; der kautschukartige Charakter, der solchen Enqueten — den Gründen wie der Zeitdauer nach — anhaften würde, ist der Reichsregierung vollständig bekannt. Versäumt nun Hamburg, den Anschluß seinerseits herbeizuführen und sich die für dasselbe wünschenswerthen Zugeständnisse zu sichern, so kann das Reich eines Tages gezwungen sein, nicht länger davon zurückzustehen, selbstständig den Gegenstand zu erledigen. Die Angelegenheit der Unter-Elbe wird ebenso, wie diejenige der Freihafenstellung von der Reichs- und der preußischen Regierung nicht nur als eine zollpolitische, sondern auch als eine hochpolitische erkannt. Die Elbe sei ein deutscher, in seinem unteren Laufe preußischer Strom, dessen beide Ufer preußisch sind; sie gehört nicht den Amerikanern, Engländern, Spaniern oder Dänen zugleich mit uns. In Beziehung auf die staatsrechtlichen Fragen erklärte der Herr Minister auch noch — in seiner Eigenschaft als Mitglied des Bundesraths —, daß er sowohl in einer erst Tags zuvor, also am Montag, in Friedrichsruh mit dem Reichskanzler gehabten Unterredung seine Ueberzeugungen bestärkt gefunden, als er auch aus den auf die Feststellung der Verfassung bezüglichen Aufzeichnungen und Schriftstücken des Fürsten Bismarck, der ja der Schöpfer der deutschen Verfassung sei, ersehen habe, daß die Freihafenstellung der Hansestädte zur Zeit der Gewährung dieses Zugeständnisses allseitig als eine vorübergehende aufgefaßt sei, daß das einheitliche Reich in zollpolitischer Hinsicht das Ziel war, ebenso daß der Bundesrath verfassungsmäßig befugt sei, die Grenzen des Freihafengebiets festzustellen. Hat sich in der Zwischenzeit in den Hansestädten eine Strömung herausgebildet, die Sonderstellung als etwas Dauerndes zu betrachten, so beruht dies auf grober Verkennung der thatsächlichen Verhältnisse. Bei solcher Sachlage ist das Reich, beziehungsweise Preußen fest entschlossen, die reichsverfassungsmäßig erwachsenden Rechte durchaus geltend zu machen. Man hat von großen Summen geredet, deren Aufbringung im Interesse des hamburgischen Handels beim Zollanschluß erforderlich werden könnte. Es sind dabei Zahlen genannt worden, welche vollständig in der Luft schweben, ohne jede Basis wirklicher Berechnung. Trete man solchen Zahlen ernstlich prüfend näher, so pflegten sie erstaunlich einzuschrumpfen. Wenn es sich aber auch thatsächlich um sehr große Summen handeln sollte, so könnten sie doch nur ein winziger Bruchtheil von dem sein, was Hamburg mit Leichtigkeit herbeizuschaffen vermag, was also, da es sich nach Ansicht der in Hamburg augenblicklich noch vorherrschenden Partei dabei um eine Lebensfrage handelt, auch aufgebracht werden muß. Der Minister war zwar nicht befugt, über diesen Gegenstand eine amtliche Erklärung abzugeben. Doch äußerte derselbe wiederholt seine Ueberzeugung dahin, daß man das feste Vertrauen zur Reichsregierung hegen dürfe, sie werde hierin der ersten deutschen Handelsstadt hülfreich zur Seite stehen, vorausgesetzt, daß in Folge baldigen Zollanschlusses hierzu Veranlassung vorliege. Die Unterredung der Deputation mit dem Herrn Finanzminister schloß mit der Aufforderung des Letzteren an die Vertreter der Zollanschlußpartei, energisch für die Verbreitung der von ihnen als richtig anerkannten Anschauungen Sorge zu tragen."

* * *

Aus Süddeutschland, speciell aus Württemberg, wird berichtet, daß die demokratische Volkspartei schon jetzt mit ganz besonderer Rührigkeit sich anschickt, in die Wahlagitation für die bevorstehenden Reichstagswahlen einzutreten. Es geht der süddeutschen Volkspartei wie der Fortschrittspartei: sie hat in dem trüben Dunstkreis des herrschenden Pessimismus und der Verwirrung der öffentlichen Meinung bei Gelegenheit einiger Nachwahlen, z. B. in Tübingen, einzelne Erfolge errungen, die ihr zu Kopf gestiegen sind und sie mit den kühnsten Hoffnungen erfüllt haben. Wir sind nun zwar vor dem siegreichen Feldzug der süddeutschen Demokratie, die alle Untugenden der Fortschrittspartei in verstärkter Potenz und dazu noch den ausgeprägtesten Particularismus besitzt, nicht bange, allein einige Wachsamkeit und Gegenwehr dürfte doch auch gegen diesen Feind rathsam sein, zumal er in dem Kampf gegen die Nationalliberalen Beistand von allen anderen Gegnern der Letzteren zu empfangen pflegt. Die Vorbereitungen zum Feldzug gegen die Liberalen, die der Radicalismus allenthalben mit wachsender Energie trifft, müssen eine Mahnung sein, die Reihen fest zu schließen.

Ueber die Bewegungen der Reichsmarine wird vom 20. d. Mts. aus Mecklenburg gemeldet: „Das aus vier Panzerschiffen bestehende Geschwader, welches augenblicklich noch an der ostpreußischen Küste größere Seemanöver und Landungsversuche ausführt, soll schon in den nächsten Tagen an die holsteinische Küste zurückkehren, um daselbst in der Neustädter Bucht umfängliche Schießübungen anzustellen. Man bringt diese gegen den früheren Manöverplan verfrühte Rückkehr in die Nähe von Kiel mit den politischen Verhältnissen in Verbindung, und glaubt, daß der Reichskanzler gewünscht habe, einige Panzerfregatten möchten bereit gehalten werden, um sofort sich in die türkischen Gewässer zu begeben, wenn dort solche Verwickelungen eintreten sollten, welche die Anwesenheit mehrerer deutschen großen Kriegsschiffe erwünscht machten, wie dies bereits einmal vor einigen Jahren der Fall war. Das Panzerschiff „Sachsen", welches nur zur Küstenvertheidigung bestimmt ist, würde die Fahrt in das Mittelmeer freilich nicht mitmachen, die drei großen Panzerfregatten „Preußen", „Friedrich Karl" und „Friedrich der Große" nebst dem Avisodampfer „Grille" aber sind so ausgerüstet, daß sie nach Ergänzung ihrer Kohlenvorräthe und Lebensmittel in Kiel sofort nach dem Orient abdampfen können, wenn ihre Anwesenheit daselbst erwünscht sein sollte. Der Kronprinz von Preußen, welcher der deutschen Kriegsflotte ersichtlich eine besonders lebhafte Theilnahme widmet, seitdem sein zweiter Sohn als Officier auf derselben dient, will jetzt auf der Yacht „Hohenzollern" dem Panzergeschwader von Stettin aus entgegenfahren, unweit der Insel Rügen mit demselben zusammentreffen und dann einige Tage den umfänglichen Manövern auf der offenen See beiwohnen."

Ueber den Eintritt preußischer Officiere in die türkische Armee verlautet noch Folgendes: „Die ersten Verhandlungen darüber sind zwischen dem türkischen Botschafter Sadullah Bey und dem Auswärtigen Amte geführt worden und später ist sodann die Angelegenheit an den Kriegsminister v. Kamecke übergegangen. Es werden dem Vernehmen zufolge größtentheils Hauptleute aus dem Generalstabe und solche, die zur Dienstleistung